



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923**

510 (6.11.1923) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-209308](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-209308)

# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung in der laufenden Woche 60 Milliarden M. Die monatlichen Bezugsverpflichtungen sind bei der Bestellung des Abonnements die während der Bezugszeit notwendigen Dreierhebungen zu bezahlen. Postkontonummer 17990 Karlsruhe. — Hauptgeschäftsstelle Mannheim E. 2. — Geschäfts-Belegstelle Neckarstadt, Waldstr. 6. Fernspr. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegr.-Adressen: Mannheimer. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung oder mit Zuschlag für Geldeinwertung. Allgemeine Anzeigen Grundzahl 400 x Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsverleger 120 Millionen = 48 Mill. arden. Für Platzg. zu bestimmen gegen Stellen u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Für die Anzeigen wird keine Haftung übernommen. Für die Anzeigen wird keine Haftung übernommen. Für die Anzeigen wird keine Haftung übernommen.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

### Um den Bestand und Schutz des Reiches

#### An das deutsche Volk!

Der Reichspräsident und die Reichsregierung veröffentlichen folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

In schwerster Lage drohen dem Reich unsere Erbsitzungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlmännlich starke Kreise versuchen, geküßt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und sogar die Brandfackel eines Kampfes Deutscher gegen Deutsche ins deutsche Haus zu werfen. Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen

mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten

und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Uebergangs zu einer neuen, wertvolleren Währungsform, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwerer wirtschaftlicher Verhältnisse und unerbittlichen außenpolitischen Drucks hinweg wollen, dann ist Voraussetzung dafür: Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern.

Jede Erschütterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß die deutschen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerlässliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volk zweifeln, wenn sie sehen, wie es sich in einer solchen Zeit gegenseitig stützt.

Bedenkt auch, wie eine Zersplitterung im Innern auf unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr wirken müßte, die in schwerstem Kampfe gegen bewaffnete separatistische Herden ihr Deutschland verteidigen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk den Kampf mitfährt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgend eine Aussicht auf Besserung gibt.

Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit dem Augenblick endgültig geschwunden ist, in dem anstelle einer verantwortungsmäßigen Regierung irgend eine ungesetzliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung befehlt die Machtmittel, um jedem Versuch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Reichswehr und Schutzpolizei werden getreu ihrem

Eid ihre Pflicht tun. Die Reichsregierung vertaut fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und gegen ihren Willen aufzuerzwingen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschloßen für die Ordnung und Freiheit des deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, 5. November 1923.

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Dr. Stresemann.

#### Aufrufe der Parteien

Wie die „Vollst. Sta.“ zu berichten weiß, wollen nun auch die früheren Koalitionsparteien von sich aus mit einem Aufruf an die Bevölkerung sich wenden. Es soll kein gemeinsamer Aufruf sein, jede Partei will für sich sprechen, immerhin sind einheitliche Richtlinien von den Parteien festzulegen. Die Aufrufe werden heute abend veröffentlicht werden. Sie sollen sich nach derselben Quelle an die Kundgebung der Reichsregierung anlehnen und alle verfassungstreuen Schichten der Staatsbürger auffordern, sich hinter die Regierung zu stellen, um die Reichseinheit zu erhalten. Weiter soll die Bevölkerung aufgefordert werden, einen etwaigen Appell der Regierung zur Unterstützung der Machtmittel des Staates folgen zu lassen. Auch die Spitzenorganisationen der Arbeiter, Einzelstellen und Beamten wollen einen ähnlichen gemeinsamen Aufruf erlassen.

Der „Vorwärts“ glaubt bedauernd anmerken zu müssen, daß in dem Aufruf, den die Reichsregierung erlassen hat, das Wort „Republik“ gar nicht erwähnt sei. Im übrigen scheint dieser Aufruf nicht ohne Eindruck bei der Sozialdemokratie geblieben zu sein. „Es wäre verfehlt“, erklärt der „Vorwärts“, „den beherrschenden Apparat und den leeren Truppen in den Rücken zu fallen. Denn dann würde sich die Regierung nur zwischen zwei Feuer sehen, woraus die Reichsradikalen das Spiel gewonnen hätten.“ Dennoch ist das sozialdemokratische Zentralorgan mit dem Aufruf nicht völlig zufrieden. Die Regierung soll sagen, ob sie bereit ist, denen Waffen in die Hand zu geben, die als Soldaten für die Republik kämpfen wollen, dann wird ein „mannhafter Aufruf eine mannhafte Antwort“ finden.

Berliner Blätter berichten, daß einige Parteiführer gestern beim Reichspräsidenten gewesen sind, um bei ihm und dem Kanzler einen Aufruf an die republikanisch gesinnte Bevölkerung zum Eintritt in die Schutzpolizei anzuregen. Die Meldung ist im wesentlichen richtig, den Herren hat etwas wie die Bildung von Hundertschaften zum Schutz der Verfassung vorzuschwebt. Derselbe Hundertschaften wären inoffiziell nach dem Versaillesvertrag nicht zulässig. Aber auch aus innenpolitischen Gründen hat, wie wir hören, die Regierung erlaubt, sich dieser Anregung zu öffnen zu müssen. Sie meint, daß damit den illegalen Bänden und Verbänden neuer Antrieb gegeben und wir so erst recht in den Bürgerkrieg hineingezogen werden würden.

### Die neue Lage im Innern

#### Dr. Jarres voraussichtlicher Innenminister

Berlin, 6. Nov. (Von unj. Berl. Büro.) Man bestätigt uns, daß zum Reichsinnenminister der Oberbürgermeister Dr. Jarres von Duisburg aussersuchen ist. In Herrn v. Kardorff, den das „B. L.“ gestern abend in diesem Zusammenhang nannte, ist vorübergehend gedacht worden, aber die Wahl dürfte, wie gesagt, schließlich wohl auf Dr. Jarres fallen.

Als zukünftiger Justizminister wird Professor Dr. Bagerle genannt, der in München Rechtsprofessor ist. Wenn er das ihm übertragene Amt annähme, so wäre dies eine glänzende Erweiterung des Kabinetts. (Gebürtig ist Bagerle aus Baden, er stammt aus Konstanz.)

#### Der Kabinettsrat des Reichstags

Bei gestern den Wunsch ausgesprochen, daß der Reichstag spätestens im Laufe der nächsten Woche zusammentreten soll. Der Kanzler will, wie wir glauben möchten, diesen Wunsch nicht. Weitmehr dürfte er der schon von uns dargelegten Auffassung sein, daß die Regierung in ihren Bemühungen, die deutschen Dinge zunächst wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen durch parlamentarische Kämpfe nicht gehindert werden soll.

Außer den Demokraten will auch das Zentrum heute endgültig Stellung zu dem Kabinettsrat Stresemanns nehmen und seine Beschlüsse formulieren. Vom Zentrum behauptet die „Vollst.“, es wäre sowohl einer Erweiterung der Koalition nach rechts, wie nach links durchaus abgeneigt. Zentrum, Sozialdemokratie und Demokratie würden ein nach beiden Seiten erweitertes Kabinettsrat ablehnen. Eine Erweiterung nach rechts hat, wie uns berichtet wird, der Kanzler selber in der gestrigen Kabinettsratung der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Es wird also wohl dabei bleiben, daß die Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokratie sich hinter das dritte Kabinettsrat Stresemanns stellen, was Veränderungen, Einzelheiten und Vorbehalte nicht ausschließt.

### Die Lage in der Pfalz

Die durch den separatistischen Vorstoß in der Pfalz geschaffene Lage ist nach ziemlich übersichtlich, zumal die Wählungen aus den Städten der Pfalz, in denen die Separatisten ihre Aktion unternommen haben, nur spärlich einlaufen und sich zum Teil widersprechen.

Schon am Samstag voriger Woche hatten sich Anzeichen dafür bemerkbar gemacht, daß die Separatisten in der Reichspfalz Aktionen planen. Im Bezirk Rodenhäuser haben sie ziemlich viele Anhänger unter den Bauern und Arbeiterschaft. Bei der Wahlung des Bezirksamtes in Kirchheimbolanden, die gestern früh gegen 7 Uhr erfolgte, wurde von bewaffneten Separatisten auf einen Gendarmen, der sich weigerte, dem Kommando „Hände hoch“ zu folgen, ein Schuß abgegeben, der jedoch fehlging. Zwei Gendarmen wurden verletzt und entwischt, jedoch später wieder vom französischen Bezirksdelegierten freigelassen unter der Bedingung, sich nicht mehr an der Wehr zu beteiligen.

Die an anderer Stelle gemeldete Besetzung des Bürgermeisters amtes in Kaiserslautern durch die Separatisten erfolgte unter dem Schutz von französischen Gendarmen. 20 Angehörige des dortigen Technikus wurden von den Franzosen verhaftet. Die Unterstellung der Polizei und der Gendarmen in Aufsicht unter französischen Befehl wird von der französischen Besatzungsbehörde damit

begründet, daß die deutsche Polizei und die Gendarmen eine nicht genehmigte Wehrdemonstration nicht verhindern können.

In Ludwigshafen teilte die französische Bezirksdelegation den maßgebenden Stellen mit, daß eine Verstärkung der deutschen Schutzwehr im Bezirk durch auswärtige deutsche Gendarmen und Polizei nicht gestattet sei, sondern daß das Bezirksamt nur durch die Beamten dieses Amtes bewacht werden dürfe.

#### Einzelheiten aus Kaiserslautern

Im Laufe des gestrigen Nachmittags durchzogen die bewaffnete Separatisten in Autos, zu Fuß und zu Fuß die Stadt und requirierten in verschiedenen Geschäften in der Hauptstraße Lebensmittel. Gegen 3.30 Uhr fand vor dem Bezirksamt die Ausrüstung der Freien Pfalz als Teil der Rheinischen Republik statt. Der Bandenführer Heinz-Orbis, Führer der Freien Bauernschaft, hielt ebenfalls eine Rede an die Sonderbündler, woraus diese ein Hoch ansprachen. Die versammelte zahllose Menge beamtete dieses Hoch mit Pfuirufen. Nachdem verlos ein Sonderbündlerführer eine Proklamation, in der u. a. mitgeteilt wurde, daß der Delegierte des Bezirks Kaiserslautern wegen der Unruhen, die angeblich am Nachmittag vorgekommen seien, eine Verkehrsperre auf unbestimmte Zeit verhängt wurde. Die Sperre beginnt abends um 7 Uhr und endigt morgens um 6 Uhr. Weiterhin sind Zusammenrottungen von mehr als 5 Personen verboten.

In einem Aufruf weisen die Separatisten darauf hin, daß sie von der Besatzungsbehörde anerkannt seien und die Bürgerpflicht sich inselbstbestimmt auf den Boden der Tatsachen stellen solle. Wie verlautet, ist der Herr Dr. Pfaffmann zum Bürgermeister ernannt worden.

In den Abendstunden durchzogen die Sonderbündler bewaffnet die Straßen der Stadt und hielten jeden Passanten an.

Das Verhalten der Franzosen beim Abmarsch der Freien Pfalz kennzeichnete sich dadurch, daß am frühen Morgen schon, nachdem der erste Postzug vor dem Rathaus abgeschlagen war, französische Posten zusammen mit bewaffneten Sonderbündlern vor dem Bezirksamt auf und abpatrouillierten. Als gegen 12 Uhr das Bürgermeistersamt gestürmt wurde, das, wie bereits mitgeteilt, von der Polizei vorher entleert worden war, folgten den Sonderbündlern Kolonialtruppen, die die Sicherung des Rathauses übernahmen.

Die erste Nachricht, daß Dr. Dörten die Aktion in Kaiserslautern persönlich leitete, bestätigt sich nicht.

#### Hände weg von der Pfalz!

In den „Deutschen akademischen Stimmen“ schreibt Kronprinz Rupprecht an die bedrohte deutsche Pfalz unter dieser Ueberschrift u. a. folgendes:

Ein freies Deutschland muß unser Ziel sein, ein freies Deutschland, Freiheit nach außen, Freiheit im Inneren! Freiheit dem Reich und seinen Gliedern, denn sie allein verbürgt gedeihliche Entfaltung. Unbewußt war der Absolutismus vergangener Jahrhunderte. Unendlich, ja nicht einmal germanisch ist der Zentralismus. Welches kam uns aus Frankreich. Ein Ewig gibt es nicht in der Geschichte und so wollen wir hoffen auf bessere Zeiten. Unseren Brüdern aber in der Pfalz, am Rhein und an der Ruhr von Herzen kommenden Dank!

### Die Einladung an Amerika

(Von unserm Mitarbeiter)

London, 3. Nov.

Es war voranzusehen, daß das englische Kabinet dem bekannten diplomatischen Manöver Poincares keinen Vorstoß leisten, vielmehr die Vorbereitungen zur Einberufung eines Sachverständigen-Ausschusses beschleunigen werde. Aus Paris kamen, vor dem Bekanntwerden des britischen Schrittes am dortigen Außenamt, allerlei Meldungen, die den Glauben erwecken sollten, zwischen Baldwin und Curzon sei es wegen der „negativen Antwort Poincares“ zu einem Bruche gekommen. Der Korrespondent der „Times“, Siddehurst, drohte aus der französischen Hauptstadt seinem Blatte: „Ich nehme an, daß man es hier sehr gerne sehen würde, wenn es noch vor Klärung der Frage, wie und wann die Expertenkonferenz zustandekommen werde, zu einem Auseinandergehen Curzons aus dem Kabinet käme. Nachdem der hier sehr unbeliebte Lord Aberdeen aus Berlin abberufen ist, so fehlt noch ein Mitglied im britischen Außenamt, wo bereits ein Freund Frankreichs, Mac Kelli (der Sekretär Curzons), das Vertrauen Poincares genießt.“ Der „Times“-Vertreter gab seiner Meinung eine ironische Note, denn er fügte hinzu: „Hier wünscht man an der Zusammenstellung der englischen Regierung in dem Sinne mitzuwirken, daß nur die erprobten Männer rings um Lord Derby übrig bleiben, die sogenannten frankophilen Persönlichkeiten verschwunden. Man fürchtet nämlich, daß Baldwin aus Furcht vor dem unbedenklichen (?) General Smuts und dem schlagfertigen Lord George — den Gegnern Frankreichs — die dominierende Stimme geben werde. Hier wird die Meinung vertreten, daß jetzt eine englische Kabinettsratung das Beste wäre, was sich Frankreich wünschen könnte. Ich glaube, diese sonderbare Ausschaltung politischer Kreise in Paris meiden zu müssen.“

Was der „Times“-Vertreter mitteilt, wird auch von anderen Pariser Korrespondenten, wenigstens mit einer anderen Tendenz, hervorgehoben. So zeichnet sich der Mann des Rothemere-Organs, „Dollin Rail“, durch die Geschmackslosigkeit aus, Stanley Baldwin eine „Säuberung“ seines Kabinetts im Sinne der herrschenden Beziehungen zwischen Frankreich und England nahezuweisen. Die konservative „Morning Post“ verlangt, daß General Smuts bis auf Weiteres auf Kundgebungen verzichtet möge, um die französischen Empfindungen nicht zu verletzen.

Man gewinnt hier den Eindruck, daß die englischen Regierungskreise über die „Wünsche“ der Pariser Nationalisten, das Konferenzprojekt scheitern zu sehen, sehr gut informiert sind. Eine Krise in Downing Street kam nicht zustande. Die Antwortnote auf Poincares Annahme der eingeschränkten und interalliierten Expertenkonferenz (mit amerikanischer Beteiligung) tempelnet sich durch eine fähige Sachlichkeit und findet ihren Spielraum in der Anregung, daß die Alliierten, zum Beweis ihrer grundsätzlichen Einigkeit, an Amerika das Erziehen richten mögen, an einer Tagung des Sachverständigen-Ausschusses teilzunehmen, sei es als Mitglied der Expertenkonferenz, sei es als neutraler Beobachter. Hier herrscht große Verwirrung über die Formulierung der Note. Man erkennt darin — wie „Times“ bemerkt — die Feder Stanley Baldwins, der durch eine rein geschäftsmäßige Behandlung der schwierigen Aktion die Spitzen und Haken der Diplomatie zu umgehen sucht. In Paris freute man sich zuerst über die Alternative: entweder große Wirtschaftskonferenz, oder kleiner Ausschuss, durch die Reparationskommission gewählt. Nach der englischen Antwort wird man wohl am Seinerstand einsehen, daß es England nicht im Mindesten darum zu tun ist, eine Art Prestigepolitik gegenüber dem „Freigeisigen“ Frankreich zu treiben, sondern ausschließlich um die best-mögliche Vorbereitung einer Rettungstat, deren Zweck es ist, Mitteleuropa vor dem Chaos zu bewahren; zugleich verfolgt England die Sicherung des Versailles-Vertrages, der ja hinsichtlich der Sicherung des deutschen Reiches als der juristische Person des Schuldners die Reparationsmöglichkeit selbst normiert wurde. In Paris rechnet man bekanntlich viel mehr mit der (von den Nationalisten) gewünschten Fortsetzung des deutschen Reiches, verhandelt mit den rheinländischen Separatisten; den Reparationen würde man fast folgen, wenn es zur rheinisch-westfälischen Republik mit französischen Garnisonen und allem sonstigen machtpolitischen Beiwerk käme. Davon will aber das Kabinet Baldwin nichts wissen. Es warnt in seiner Note über die separatistischen Umtriebe ausdrücklich vor der Gefahr, daß der Versailles-Friedensvertrag vernichtet werden könnte. Die günstige Aufnahme dieser Warnung in französischen Regierungskreisen (trotz Poincares doppelzüngiger Betätigung, Frankreich mehr nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands) wird hier nicht bemerkt. Schreibt doch der diplomatische Mitarbeiter des „Dollin Telegraph“: „Ich höre, daß sich Herr Poincare über die Roburms, die Separatisten betreffend, mißbilligend äußerte und Lord Crewe gegenüber auf die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Nationen hinwies, eines der Friedensziele der Alliierten.“ Lord Crewe's Entgegnung wird nicht mitgeteilt.

Die große Vorsicht des englischen Kabinetts in der Verhandlung des Konferenzprojektes veranlaßte General Smuts zu der Bemerkung: „Wir wollen Frankreich zur Vermunft befehlen, ohne es zu verletzen.“ Smuts bezweifelt den Erfolg des Baldwin'schen Verfahrens; er sagte es gestern in einer Rede, die er vor amerikanischen Journalisten hielt. Seiner Ansicht sind auch die liberalen Kreise. Was sollen aber die Vertreter der führenden amerikanischen Zeitungen denken, wenn man ihnen erklärt: „Wir geben mit Frankreich auf eine Expertenkonferenz, wissen aber im Voraus, daß dabei nichts herauskommt.“ Der Zweifel, der in diesen Worten liegt, kommt — bei der bekannten Heißblütigkeit der Amerikaner — in verstärkter Form drüber zum Ausdruck. Heute erscheinen hier bereits Pressestimmen aus den Vereinigten Staaten, deren meißens überwiegende Mehrheit die kommende Konferenz als eine „matte Wiederholung früherer mißlungener Verträge“ behandelt. „Newport Tribune“, ein dem Washingtoner Staatsdepartement nachstehendes Blatt, meint, daß Poincares Einschränkungen dem Geiste der vorjährigen Anregung Hughes nicht im Einklang mit den Interessen der Vereinigten Staaten stehen. Poincare habe den Gedanken des amerikanischen Staatssekretärs so überschritten, daß man sich auf einen Mißerfolg der Konferenz gefaßt machen müsse. Sogar der französisch-englische „Whitdelphia Ledger“ beurteilt die Pariser Politik als „negativ“ und spricht die Meinung aus: „Frankreich will eigentlich keine internationale Regelung der Reparationsfrage, denn es hält das Ruhrgebiet und die Rheinlande, wo es sich für Alles entschädigen kann. England vermag nichts anderes zu tun, als seine Truppen aus Köln zurückzuziehen und den Versailles-Vertrag zu ändern. Poincare führt eine reine Machtpolitik, die Deutschland vernichtet, Frankreich eine starke Position am Rhein sichert.“ In einigen amerikanischen Blättern finden sich noch Hinweise auf die französischen Schulden an die Vereinigten Staaten und verfechtete Drohungen, man werde schon ins Zeug gehen, falls Frankreich auf der Konferenz nicht nachgiebigkeit befehlen würde. Die Orientierung der Newporter Presse ist, mit wenigen Ausnahmen, englischfreundlich.

Klar und deutlich erkennt die amerikanische Publizität den französisch-englischen Gegenatz der trotz der Annahme des Konferenzplanes unverändert fortbesteht. Amerika als Schiedsrichter — das wäre zwar die ideale Lösung, sie bedeutet aber — nach amerikanischen Zeitungsartikeln — sehr wenig, denn Poincare

schafft die Rechte des Sachverständigen-Ausschusses auf Neufestsetzung und behält sich sogar die Sanctionierung der Beschlüsse vor. Er will vor allem an der Bestimmung fest, daß alle endgültigen Entscheidungen einmütig gefaßt werden müssen. Außerdem werden alle Bestimmungen Englands hinsichtlich, solange Amerika nicht zustimmt, dem nur in diesem Falle könnte eine Mehrheit gegen Frankreich und Belgien (wenigstens im Laufe der Verhandlungen) zustandekommen. Die Hoffnung, Polencore werde es letzten Endes nicht auf einen Versuch ankommen lassen, wird auch in amerikanischen Kreisen ausgesprochen.

Das nach die Einlassung an Amerika abgegangen ist, befinden sich heranziehende Verhandlungen der Vereinten Staaten auf dem Wege nach Europa. Wood, der Vertreter Amerikas auf den internationalen Handelskongressen, reist nach Paris, um dort eine Lösung über europäische Wirtschaftsverhältnisse herbeizuführen; Mac. Donaid, dessen bisher vergebliche Bemühungen um eine verbindliche Stellung Frankreichs bekannt sind, will Polencore über die Stimmung in den Vereinten Staaten und die Möglichkeiten einer industriellen Annäherung zwischen Frankreich und Amerika unterrichten. Der amerikanische Botschafter in Paris befindet sich auf dem Wege nach Frankreich; auch ihm sind wichtige Aufgaben übertragen. Man bemerkt sich also von amerikanischer Seite intensiv um ein Einlenken der französischen Regierung; die Washingtoner Staatsmänner helfen durch Vorschläge und Anregungen an die Adresse Polencores eifrig mit, eine erfolgreiche Konferenzatmosphäre vorzubereiten. Sonstmal, Verhinderung wirtschaftlicher Empfinden, kurz die Anwendung aller tatsächlichen Mittel, von denen man sich Frankreichs Konzeptionsbereitschaft verspricht, werden jetzt in Anwendung gebracht. „Haben wir die Franzosen erst an der Tafel, dann ist Europa gerettet“, tröstet „Westminster Gazette“ ihre Leserschaft. Man vermisst leider, daß in Paris das Schlagwort „Wieder Cannes, nach Washington!“ (d. i. die beiden Konferenzen, wo Briand angeblich die Interessen Frankreichs vertritt) ausgedrückt worden ist. Diese Parole richtet sich sowohl gegen England (Cannes), als auch gegen Amerika (Washington). Es wird in gewissen konservativen Kreisen sehr bedauert, daß sie gerade jetzt ausbricht, wo sich die Alliierten an Washington richten, um, mit amerikanischer Hilfe, das Reparationsproblem zu lösen.

### Die Einstellung der Sachlieferungen

In Ergänzung der Sparmaßnahmen der Reichsregierung ist eine weitere Erordnung über die Ausführung der Zahlungen zur Durchführung der Sachlieferungen ergangen. Dadurch werden alle Zahlungen auf Grund der im freien Verkehr (Güter-Verkehrsmittel, Kuppel-Güter, Kuppel-Abkommen) und im gebundenen Verkehr laufenden Verträge über Sachlieferungen mit der Wirkung ausgeführt, daß vom 3. November 1923 ab aus diesen Verträgen keine Zahlungen mehr von der Reichsregierung geleistet werden. Um den alliierten Bestellern aber die Möglichkeit zu lassen, die bestellten Waren trotzdem zu beziehen, ist vorgesehen, daß sie abgeschlossenen Verträge direkt mit den Lieferfirmen auf eigene Rechnung abschließen können. Sie brauchen daher in den Fällen, in denen das Reich bereits Angelegenheiten gemacht hat, nur noch den Rest des vereinbarten Preises zu bezahlen. Der Reichsregierung steht das Recht zu, binnen fünf Wochen vom Tage der Verkündung der Verordnung an gerichtlich die Erfüllung der Lieferungsverträge im freien Sachlieferungsverkehr an das Reich zu verlangen. In solchen Fällen wird das Reich unmittelbar Zahlung an den Lieferanten leisten. Im gebundenen Verkehr gilt, daß das Reich von diesen Verträgen zurücktritt, sofern nicht im einzelnen Fall den Lieferungsverpflichtungen binnen fünf Wochen vom Tage der Verkündung der Verordnung an erklärt wird, daß der Vertrag ausrecht erhalten bleibt. Die Reichsregierung ist bereit, sowohl in den Fällen, wo alliierte Besteller die Durchführung von Verträgen im freien Sachlieferungsverkehr gegen Verzinsung wünschen, zwischen den Vertragspartnern in dieser Richtung zu vermitteln, als auch etwaige Wünsche der alliierten Regierung auf Erfüllung der noch nicht erfüllten Verträge im freien wie im gebundenen Verkehr nach Möglichkeit entgegenzukommen, sofern ihr binnen drei Wochen eine Mitteilung der alliierten Regierung hierüber zugeht und die Befriedigung in der vorgesehenen Weise.

Die Reichsregierung ist sich der schweren Folgen, die die Einstellung dieser Zahlungen für die deutsche Wirtschaft haben wird, durchaus bewußt. Die Finanzlage zwingt jedoch die durchgreifenden Maßnahmen, um Staatsbankrott und Währungs zu sanieren und die Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes zu erhalten.

### Das Kohlenlieferungsabkommen mit der Kontrollkommission

Die Verhandlungen mit der Interalliierten Kontrollkommission und den Vertretern des Ruhrgebietes werden dem Vermittler nach auf folgen der Grundlage geführt: Frankreich verzinsigt, daß 18 Prozent der Kohlenenergieerträge der Ruhrbezogen an Frankreich abgeführt werden. Als Maßstab hierfür dient die Jahresleistung an Reparationszahlungen auf Grund des Abkommens von Spa 1921. Die Ertragssteuern werden vorläufig aufgehoben, um den Ruhrwerken die Möglichkeit zu geben, sich zu finanzieren und den Kohlenhandel wieder aufzunehmen. Ferner fordert Frankreich die Kontrolle sowohl für den Kohlenexport als auch für die Erzeugung. Die Transporte sollen zu Kosten der Ruhr-Wiederherstellung leistenden Firmen. Die interalliierte Kontrollkommission behält sich vor, nötigenfalls einen gewissen Prozentsatz der vorhandenen Kohlenmengen anzufordern. Die Zollfrage bezogen sich zwischen 3 und 1/2 Proz. Die Kohlen nach dem unbesetzten Gebiet will Frankreich beziehen. Doch soll nicht mehr ausgeführt werden, als der monatlichen Leistung im Jahre 1922 entspricht.

Das Abkommen der Firma Krupp ist auf dieser Grundlage zustande gekommen. Hierbei wurde ausdrücklich von der interalliierten Kontrollkommission betont, daß es sich nur um ein vorläufiges Abkommen handle, und daß, wenn sich irgend eine Bestimmung als undurchführbar herausstelle, sie zu neuen Verhandlungen bereit sei.

### Das Attentat auf Worowski vor Gericht

Der Prozess gegen Conrad, den Mörder Worowskis, des russischen Botschafters auf der Basler Orientkonferenz, und den tschechischen Tölpel begann heute morgen vor dem tschechischen Strafgerichtshof, der infolge des großen Andrangs der internationalen Pressevertreter und des Publikums im Basler Kasino tagen wird, worin i. Zt. die Baslerer Konferenz eröffnet wurde. Beide Angeklagten sind geständig. Die tschechischen ihre Tat mit dem Hah gegen den Bolschewismus und einen Schandtat; Conrad insbesondere mit den Weiden, die seine Familie in Rußland zu erdulden gehabt habe, vor allem sein Vater, der ein sehr reicher Schokoladenfabrikant gewesen sei und im Kampf Herz und sein Dunkel, der von den Bolschewisten ermordet worden sein soll. Die Anklage gegen Conrad lautet bezüglich Worowski auf persönliche Eitelkeit, bezüglich Krebs und Danilowitsch auf Körperverletzung und Mißhandlung ohne tödliche Absicht. Tölpel ist der Mitschuld am Mord angeklagt. Die Anklage teilt der Aufstellung entgegen, daß ein weit verbreitetes Komplott vorliege oder daß ein Zusammenhang mit den Handlungen bestände, die die tschechische Schriftsteller Barbovitsch verübt werden. Die Verhandlungen werden 8 bis 10 Tage dauern. Die Baslerer Polizei traf strenge Überwachungsmaßnahmen.

### Die Note der Botschaftskonferenz

„Le Temps“ soll die angekündigte Note der Botschaftskonferenz über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland demnächst in Berlin überreichen werden. Die Note soll sich betreffen über die Behinderung der Kontrolltätigkeit, namentlich in Bayern, führen.

### Die rheinische Separatistenaktion

Deutsche Protestnote an die französische Regierung  
Nachdem die Reichsregierung wiederholt sowohl bei der französischen Regierung, wie auch bei dem Berliner Botschafter wegen der Begünstigung der Separatistenpolitik in Rheinland durch die französischen Besatzungstruppen nachdrücklich vorstellig geworden ist, ist der deutsche Gesandtschaftsrat in Paris angewiesen worden, eine Protestnote zu überreichen, in der auf Grund authentischer Materialien eine umfassende Darstellung des Zusammenwirkens zwischen den Aufständischen und den französischen Besatzungstruppen gegeben wird. Die deutsche Regierung bringt in der Note die Erwartung zum Ausdruck, daß den französischen Truppen alsbald Befehl erteilt wird, die rechts- und vertragsmäßigen Verpflichtungen zu erfüllen, insbesondere den außerrechtlichen Elementen die Waffen wieder abzunehmen und die deutsche Polizei künftig nicht mehr in der Ausübung ihrer rechtmäßigen Befugnisse, namentlich im Gebrauch der ihnen zustehenden Waffen, zu behindern. Eine Abschrift dieser Note wird auch in London und Brüssel überreicht werden.

### Eisenbahntreue und Separatisten

Aus dem Röhler Eisenbahndirektionsbezirk liegen Nachrichten vor, wonach die von der französischen Eisenbahngesellschaft eingestellten Landarbeiter den separatistischen Söldnerbanden zur Auffälligkeit ihres Jagen, Selbstschußes zur Verfügung gestellt werden. Da es sich bei den damaligen Einstellungen zum Teil um laub- und polkströmende Elemente und im übrigen um zweifellos Kretzuren handelt, ist damit zu rechnen, daß tatsächlich diese sog. Selbstschußorganisationen eine Verärgerung erfahren, umso mehr als die Eisenbahntreue froh ist, wenn sie dieses fragwürdige Gesindel, das die Eisenbahnen aufs schwerste heruntergemischt hat, wieder los wird.

Im übrigen aber zeigt sich, daß zwischen der französisch-belgischen Eisenbahntreue und den sogenannten Separatisten die engste Verbindung besteht. Trotzdem wird man von französischer Seite nicht behaupten können, daß eine solche Störung des Jagen, separatistischen Selbstschußes ein Beweis dafür wäre, daß die Bewegung dieser Söldnerbanden in der Bevölkerung der Rheinlande irgendwelche Stütze findet.

### Die Reichswehraktion in Sachsen

Nach einer Mitteilung des Dresdner Wehretatsammandos ist die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Sachsen eingeleitete Reichswehr zur Durchführung ihrer Aufgaben in folgende vier Gruppen eingeteilt worden: Gruppe I unter General Fritsch für den Bereich der Stadt Dresden, der Kreisgemeinschaft Dresden und Sagan, Gruppe II unter General Freiherrn v. Pödebour für den Bereich der Städte Chemnitz und Zwickau, Plauen, der Kreisgemeinschaft Chemnitz und Zwickau, Gruppe III unter Oberst Kranz für den Bereich der Stadt Leipzig, der Kreisgemeinschaft Leipzig, Borna und Rodlitz, Gruppe IV unter Oberstleutnant Gendts für den Bereich der Kreisgemeinschaft Grimma, Oschatz, Döbeln, Meißen und Großenhain.

Das Wehretatsammandos IV hat auf Grund von Vorkommnissen der letzten Tage angeordnet, daß Mitteilungen über den Gebrauch von Waffen der Gruppen in jedem Fall vor der Veröffentlichung der Prüfung der vorgelegten militärischen Kommandoheften unterliegt.

### Brandler in die Tschekoslowakei geschickt

Der ehemalige Ministerialdirektor der sächsischen Staatskanzlei, der betante Kommunist Brandler, gegen den ein Haftbefehl erlassen war, ist nach der Tschekoslowakei geschickt.

### Veranstaltungsverbot für den 9. November

In Sachsen sind für den 9. November alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel grundsätzlich verboten. Politische Versammlungen in geschlossenen Räumen dürfen mit Genehmigung stattfinden.

### Die wirtschaftliche Not

#### Maßnahmen gegen die Brotverknappung

Die Reichsregierung und die preussische Regierung haben Maßnahmen in die Wege geleitet, um jede ungerechtfertigte Brotverknappung zu unterbinden. Die Reichsbehörden, die sich in den Speichern der Weizenhändler in Berlin befinden, werden noch heute beschlagnahmt. Das Recht wird sofort von den zuständigen Regierungsstellen den Weizen zu ordnungsmäßigen Preisen zugeführt. Gleichzeitig werden die Verkaufsstellen auf dem Markt und Brotmarkt behördlich auf das strengste nachgeprüft. Strenge Wucherergesetze werden sofort umzusetzen geschaltet.

#### Schließung der Thypsenwerke

Wie die „Kölnische Volkszeitung“ aus dem Ruhrgebiet meldet, geben die Thypsenwerke durch Anschlag bekannt, daß sich die finanzielle Lage des Werkes derartig verschlechtert hat, daß sie geschlossen seien am 10. November 1923 sämtliche Betriebe, einschließlich der Bier-, vollständig zu schließen.

#### Plünderungen in Berlin

Berlin, 6. Nov. (Von unv. Berl. Büro) In Berlin ist gestern den ganzen Tag über geplündert worden. Die Ausschreitungen haben einen größeren Umfang angenommen, als man ursprünglich glauben mochte. Gemeldet wurden der Polizei mehrere hundert Plünderungen, tatsächlich sind jedoch weit mehr vorgekommen. Die Plünderer tauchten in Rotten von 2-300 Mann bald hier, bald dort auf, plünderten, raubten und demonstrieren und verschwanden meist nach volldrahter Tat, ehe noch die Polizei eingreifen konnte. Hauptsächlich hatte man es dabei auf Bäckereien, Milch- und Lebensmittelgeschäfte, Konditoreien und Schlächtereien abgesehen, was aber nicht hinderte, daß ab und zu auch Sparrenschäfte und Konditoreien überfallen wurden. Im sogenannten Scheunenviertel, dem Standort der goldigen stiftlichen Einwandere, ist fast jedes Haus geplündert worden. Der Aufruhr wurde so bedrohlich, daß mehrere Straßen kundenlang gesperrt werden mußten. Die Ausschreitungen hatten vielfach einen betant antisemitischen Charakter. Vereinzelt sind auch die Wohnungen jüdischer Bewohner demoliert worden. Auch Schutzgeschäfte wurden beraubt und im Scheunenviertel Konfektions- und Tuchgeschäfte ausgeplündert. Die Tuchballen wurden einfach auf die Straße geworfen, wo sie sofort „verkauft“ wurden. Bessard traten auch die sogenannten „Einleitungs-Kommandos“ in Tätigkeit, die die Passanten mit größter Gewaltwindigkeit von Kopf bis zu Fuß auszogen und sie dann zum großen Jubel der Zuschauer, nur mit Unterhosen bekleidet, laufen ließen. Die Angriffe auf die jüdisch aussehenden Passanten setzten sich in den Abendstunden auch auf andere Stadtteile sowie im Zentrum und Westen fort. Hier und da muß man Kapitulation an den Straßenkreuzungen bemerkt haben, die gegen die jüdischen Passanten vorgehen ausforderken. In einigen Berliner Zeitungen wird der Schutzpolizei unterstellt, daß sie nicht energig genug gegen die „antisemitische Propaganda der Tat“ vorgegangen sei. Zu solcher Unterstellung, soweit wir die Dinge zu beurteilen vermögen, kein Anlaß. Die Schutzpolizei hat energig durchgegriffen, es ist ihr auch gelungen, die Ruhe wieder herzustellen.

Das Ergebnis der österreichischen Nationalratswahlen. Die amtliche Feststellung verteilt die insgesamt 165 Mandate des Parlamentes wie folgt: 83 Christlichsozialen, 68 Sozialdemokraten, 12 Großdeutsche und 2 Landeshändler. Danach haben die Christlichsozialen eine absolute Mehrheit von einer Stimme.

Die britische Reichskongress wird am 9. oder 10. November ihre Sitzungen beenden.

### Die Diktatur in Polen

Die neue polnische Regierung nimmt, wie voraussehen war, immer mehr den Standpunkt einer Diktatur von rechts ein. Die Opposition wird rücksichtslos mundtot gemacht. So wurde die liberale Zeitung „Przeglad Wlasciwy“ konfisziert, und zwar unter der allgemeinen Begründung „wegen des Inhalts des Artikels“. In einer Anfrage des Abg. Domini an den Innenminister wegen dieser Beschlagnahme wurde festgestellt, daß die Konfiskation beschlossene Sache gewesen sei, bevor man noch wußte, was in dieser Nummer erscheinen würde. Kriegsminister Szypulski scheint auch das Opfer dieser Diktatur zu sein. Man spricht in polnischen Kreisen davon, daß er Korjanty seinen Platz räumen muß.

#### Die Weiden der Deutschen

In Polen waren Gegenstand einer Interpellation der deutschen Sejmfraktion. Die Interpellation stellt zunächst fest, daß Art. 100 der polnischen Verfassung „Die Wohnung des Bürgers ist unantastbar“ in letzter Zeit in allen Teilen Polens mit Füßen getreten wird. Am 19. und 20. Oktober haben nicht nur in preußischen Teilgebiet und Oberhiesien, sondern auch in Kongresspolen noch nie dagewesene Massenhausdurchsuchungen stattgefunden, bei denen in den Wohnungen das unterst zu oberst geteilt wurde. Die Interpellation führt einzelne besonders traffe Fälle an. Die Interpellation sagt weiter: Wir haben bei der Ungehörlichkeit des Vorgehens die Empfindung, als wenn man dabei einzeln und allein die Diktatur von all dem ablenken wollte, was dem Staate in Wirklichkeit zum Schaden gereicht. Die vertriehen Deutschen sollen eben einmal wieder zum Briggelnaden gemacht werden.

Die Interpellation ist am 30. Oktober eingereicht. Eine Antwort ist bisher nicht erfolgt.

Der polnische Außenminister Senda erwiderte auf eine Interpellation der Abgeordneten der Nationalen Partei wegen der Ausweisung polnischer Arbeiter aus Deutschland eine Antwort, in der er die bekennt.

#### Massenausweisungen von Reichsdeutschen aus Polen

als Vergeltungsmaßnahmen gegen Ausweisungen polnischer Arbeiter aus Deutschland hinstellt.

Demgegenüber ist folgendes zu bemerken: Die Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Deutschland, die übrigens zum großen Teil, aber nicht ausschließlich, Arbeiter betrafen, waren durchweg sachlich begründet in vielen Fällen durch schwere strafrechtliche Delikte der Ausgewiesenen. Die polnischen Gegenmaßnahmen betrafen durchweg unbescholtene Reichsdeutsche, außerdem war der polnischen Regierung amtlich mitgeteilt worden, daß die deutschen Ausweisungen in etwa 70 Fällen überhaupt nicht vollzogen worden seien, und daß die deutsche Regierung zur Zurücknahme weiterer Ausweisungen unter der Voraussetzung entsprechender Entgegenkommens der polnischen Regierung bereit sei. Die polnische Regierung hat die Verhandlungen hierüber durch ihre Haltung zum Scheitern gebracht, so daß die groteske Situation entstand, daß die polnischen Behörden Repressalien für Ausweisungen aus Deutschland vollzogen, die, wie ihr amtlich zur Kenntnis gebracht worden war, überhaupt nicht vollzogen worden waren.

Schon aus diesem in der deutschen Presse wiederholt festgelegten Sachverhalt geht hervor, daß die polnische Regierung die Massenausweisungen von Reichsdeutschen nicht lediglich im Interesse der polnischen Arbeiter in Deutschland vornahm, sondern daß diese Massenausweisungen dem Zweck der Entdeutschung der ehemals preußischen Gebiete diene. Der polnische Außenminister hat nun aber in seiner Verantwortung der betreffenden Interpellation selbst den weiteren Beweis für diese Auffassung geliefert, indem er den Abschluß eines Abkommens mit Deutschland zur Regelung der Ausweisungsfälle als ausschlaggebend im deutschen Interesse legend abgelehnt hat. Wäre es der polnischen Regierung wirklich um den Schutz der noch zu Lebzeiten in Deutschland befindlichen polnischen Arbeiter gegen Ausweisung zu tun, so könnte sie dieses Ziel nicht besser erreichen als durch den Abschluß eines entsprechenden Abkommens mit Deutschland, das, wie dies beispielsweise in dem deutsch-tschekoslowakischen Abkommen geschehen ist, die Ausweisungsgründe genau festlegen und begrenzen würde. Die Ablehnung einer derartigen Regelung durch die polnische Regierung wirkt wie eine Bestätigung der Annahme, daß es ihr nur darum zu tun ist, freie Hand für ihre Entdeutschungspolitik zu behalten.

### Bayrisches Einfuhrverbot für linksgerichtete Blätter

Der Generalstaatskommissar hat verfügt, daß der „Berliner Börsenkurier“, der „Berliner Tageblatt“, die „B. Z. am Mittag“, die „Frankfurter Zeitung“, der „Vorwärts“ und die „Kölnische Zeitung“ im rechtsgerichteten Bayern an Orten, die dem Publikum zugänglich sind, weder feilgehalten, verkauft, verteilt, ausgestellt, angehängen oder sonst verbreitet, noch zum Zweck der Verbreitung vorrätig gehalten, angehängt oder angelesen werden dürfen. Jümberehandlungen werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit Geldstrafe allein beim Vorliegen mildernder Umstände bestraft. Auch der Versuch ist strafbar.

Die „Bayrische Staatszeitung“ sagt zu diesem Verbot, man gebe kaum sehr in der Annahme, daß die Anordnung durch die Art und Weise hervorgerufen wurde, wie in gewissen norddeutschen Blättern gegen Bayern durch ungläubliche Äußerungen und eine über alles Maß hinausgehende Kritik Stimmung zu machen versucht wurde. Diese Hege gegen Bayern habe Bayern angenommen, die geeignete seien, die allgemeine Ruhe und Ordnung zu gefährden. Es sei daher lediglich ein Akt der Notwehr gegen eine verlogene Berichterstattung und eine die Grenzen der Zulässigkeit weit überschreitende persönlich gehässige Kritik, der mit dem Verbot der obengenannten Zeitungen geübt wurde.

#### Wiederaufnahme

#### der Beziehungen der Ausgleichsamter

Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind in London geführte Verhandlungen über die Wiederaufnahme der aus Anlaß des Ruhrreinbruchs abgebrochenen Beziehungen des Reichsausgleichsamts zu den französischen und belgischen Ausgleichsamtern und über erneute deutsche Beteiligung an den gemischten Schiedsgerichtsbehörden zum Abschluß gekommen. Die Beziehungen sind mit dem 2. November wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen wurden unter englischem Vorsteh von polnischen Verhandlungen geführt.

#### Sächsische Politik

Die kommunistische Landtagsabgeordnete Frau Unger, die in Bahre verhaftet werden sollte, befindet sich zurzeit in Offenbura. Sie hat sich mit noch anderen ihrer Gesinnungsgenossen freiwillig zur Einvernahme bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Nach der Vernehmung wurde ihr bedeutet, daß sie verhaftet sei. Ihre Gesinnungsgenossen konnten Vermehrung ein, es kam zu einem Handgemenge. Frau Unger befindet sich laut „Dff. Tgl.“ wieder auf freiem Fuß.

Wechsel in der Leitung des Bad. Beamtenbundes. In der Sitzung des Vorstandes des Badischen Beamtenbundes am 28. Okt. wurde die Neuwahl für die im April d. J. zurückgetretene Bundesleitung, die bisher die Geschäfte interimistisch weiterführte, vorgenommen. Es wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Oberamtmann Schabbe und als Stellvertreter Berichtswortführer Thum, Oberamtmann Oberamtmann Ludwig und Justizobersekretär Bittel.

Düsseldorf, 6. Nov. Auf der Reichsbank wurden von der französischen Besatzungsbehörde 700 Billionen Mark festgenommen. Am gleichen Tage wurden durch die französische Besatzungsbehörde in Reims ein von Elberfeld nach Belber gehender Gütertransport mit 50 Billionen Reichsbanknoten und 1700 Mark Goldbarren geraubt.

Berlin, 6. Nov. Nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung“ wurde gestern der Geschäftsführer der „Roten Fahne“ Tiedke verhaftet. Die Verhaftung soll erfolgt sein, weil Tiedke über Verbot in den letzten Tagen einzelne Nummern der „Roten Sturmflut“ und ähnlicher Zeitungen erschienen waren.

Wirtschaftliches und Soziales

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden

Die Arbeitsmarktlage verlästert sich weiter. Die Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter steigt täglich beträchtlich.

Betriebs einschränkungen erfolgten bei ca. 100 Betrieben; es sind davon insgesamt ca. 4000 männliche und 1000 weibliche Arbeitskräfte betroffen.

Goldmarkrechnung im Handwerk

Durch die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse hat auch das Kleinhandwerk in fortwährendem Maße Schäden erlitten.

Die Vertreter der Reichsbund-Handwerkstammer, des Gewerbetreibenden, der Handwerkerkammern und Innungen sind deshalb bei der Besprechung dieser Wirtschaftslage einmütig zu der Überzeugung gekommen.

- 1. Das Material wird dem Handwerker gegen Goldmark geliefert und muß von diesem auch wieder in Goldmark in Rechnung gestellt werden.

Die Reichsregierung und die Gasberechnung

Von Dipl.-Ing. Heinrich Geßel

Offenbar unter dem Druck der kommunalen und privaten Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke hat sich, wie mitgeteilt, der Reichswirtschaftsminister Roetz entschlossen, am 24. Oktober eine Berechnung über die Berechnung der Preise für elektrische Arbeit, Gas und Leitungswasser auszugeben.

Münchener Theater

Das neue Drama von Wilhelm Schmidbann ist ein Ausnahmestück und heißt 'Die Fahrt nach Orplid'.

In diesem ersten Akte wirken sich die dramatischen Kontraste, die sich das Gegeneinander der Weltanschauungen gehörig und einflussvoll aus.

dieser Verordnung des Reichswirtschaftsministers Roetz ohne Angst vor Widerstand und Strafbuch in hervorragender Form legitimiert ihr Geschäft betreiben.

Der Schutz der Verbraucher scheint dem Reichswirtschaftsminister keine besondere Sorge gemacht zu haben.

Städtische Nachrichten

Umstellung auf die Goldmark im Metzgergewerbe

Der gestrige Viehmarkt war ein Wendepunkt in der Preispolitik der Händler und Metzger.

In Stuttgart wurden folgende Zwischenpreise festgesetzt: Ochsen- und Rindfleisch 1. Güte 35 Milliarden (bisher 23 Milliarden).

Der Abg. Harimann (Deutsche Volksp.) hat unter Bezugnahme auf die Wirtschaftslage, die sich auf dem Stuttgarter Zentralviehmarkt entwickelt haben, eine kleine Anfrage an die württ. Staatsregierung gestellt.

Einer Uebersicht über die Viehmärkte im Oktober entnehmen wir folgendes: Die viel zu geringen Zufuhren auf

durchweg allen Märkten im Zusammenhang mit der katastrophalen Geldentwertung brachten in Schlachtvieh aller Gattungen eine starke Aufwärtsbewegung der Preise.

Steigerung der Lebenshaltungskosten um 191 v. H. auf den 21,7-milliardensachen Vorkriegsstand

In der abgelaufenen Woche (beginnend mit Samstag, 27. Okt. und endend mit Freitag, 2. November) ist der wochen durchschnittliche Dollarkurs gegenüber dem der Woche vom 10. bis 16. Oktober um 106,9 Prozent gestiegen.

Die Lebenshaltungskostenindex der Industrie- und Handelszeitung stieg von 7482 818 131 auf das 21 710 063 795fache, was eine Zunahme um 191 Prozent bedeutet.

Wie stark die Steigerung der Lebenshaltungskosten in den letzten drei Wochen der Aufwärtsbewegung des Dollarkursindex und der Steigerung des Großhandelspreisindex gefolgt sind, kann aus nachstehender Tabelle ersehen werden:

Table with 4 columns: Index, 10.10, 12.10, 19.10, 26.10. Rows include Steigerung, Abnahme, Großhandelspreisindex, Dollarkursindex, Lebenshaltung.

Auswanderungsfragen

Einzelbestimmungen für Kanada!

Der Verband berufstätiger Frauen schreibt uns: Jeder, der nach Kanada auswandern will, muß seinen Paß mit einem kanadischen Eintragsmerk versehen lassen.

- 1. vertrauenswürdigen Landwirten mit genügenden Geldmitteln, um sich als selbständige Landwirte in Kanada niederlassen zu können;

hüls aus in Szenen, denen die Kraft überzeugender Gestaltung fehlt. In diesem Zeitalter des Radertums sei ein Reiner auch nur seiner Reinde wegen gepriesen und bedankt.

Richard Riel

Theater und Musik

Professor Wilhelm Bopp schreibt uns: Zu meinen 60. Geburtstag sind mir von allen Seiten, aus nah und fern, aus den Kreisen meiner Kollegen, meiner Freunde, früherer und gegenwärtiger Schüler, zahlreiche Beweise der Liebe und Anhänglichkeit gekommen.

Selma Hartleben, Otto Erichs tapferes und treues, verständnisvolles 'Wappchen', ist in Rio geatet. Nicht mit Unrecht meinen Berliner Blätter darauf hin, daß die deutschen Bühnen eigentlich die Pflicht hätten, wieder einmal etwas von Hartleben in die Spielpläne aufzunehmen.

Stens die gleiche Anwartschaft wie die englischen, russischen, amerikanischen und sonstigen großen Exportländer. Dann bräuhete es keine kleine drave Dichtersfrau nicht zu hungern.

Gustav Mahlers 'Unvollendete'. Die auch von uns mitgeteilten Einzelheiten, die der Wiener 'Wagen' über Gustav Mahlers 'Unvollendete' gebracht hatte, werden von Frau Anna Maria Mahler in einem Schreiben an das Neue Wiener Journal richtigerweise kritisiert.

Theater und Musik. Die Reichsbühnen gehen mit einer Umstellung des im Rahmen des Jahreshundert-Endes erfolgten Repertoires voran.

4. Angehörigen von rechtmäßig nach Kanada eingewanderten, dort ansehnlichen Personen, sofern letztere in der Lage sind, für sie zu sorgen.

Das Gesetz um Erteilung des kanadischen Sichtvermerks ist unter Benutzung eines Gesuchformulars für das kanadische Konsulat, oder von der kanadischen Einwanderungsstelle in Hamburg, Rindfleischbänken 11, erhältlich ist und unter Beifügung von Schriftstücken, aus denen das Ziel und der Zweck der Auswanderung ersichtlich ist, an die vorgenannte kanadische Einwanderungsstelle in Hamburg zu richten. Eine Gebühr für Beantragung und Erteilung des kanadischen Sichtvermerks wird nicht erhoben. Die für die Erteilung eines Einreiseantrags notwendige Zeitdauer beträgt in der Regel ungefähr 2 Monate.

**Auswanderung nach Griechenland.**

Die vielen Lehrerinnen, Gouvernanten, Kinderfräulein, die gerne in Griechenland eine Stellung annehmen möchten, haben keine Aussicht, dort unterzukommen. Insbesondere wollen sich die Arbeitgeber ebensowenig wie in Italien damit einverstanden erklären, die Reisekosten vorzugeben. Was in Athen heißt, wie uns die Verwaltung des Internationalen Heims schreibt, sind Kinderpflegerinnen, die in der Neugeborenen-Pflege erfahren sind, d. h. sich speziell durch Studien theoretischer und praktischer Art vorbereitet haben. Allerdings werden auch diese Kinderpflegerinnen nur Anstellung finden, wenn sie die Reise auf ihre eigenen Kosten machen können. Einigengegenwärtig erklärt sich das Heim bereit, die jungen Mädchen für die ersten Tage ihrer Anwesenheit in Athen kostenlos aufzunehmen und zu verpflegen. Die immer größer werdende Nachfrage des Arbeitsmarkts in Deutschland wird vielleicht die eine oder andere dankbar diese Unterrichtsmaßnahme in Anspruch nehmen lassen.

**Auswanderung nach Argentinien.**

Das argentinische Generalkonsulat in Hamburg teilt folgenden mit: Für die Auswanderung nach Argentinien kommen in allgemeinen nur Landwirte in Frage, die sich auch trüben weiterhin der Landwirtschaft zu widmen gedenken. Alle diejenigen aber, deren Beruf sie als Stadtbewohner kennzeichnet, — selbst wenn sie drüben eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausüben wollen — sind in ihrem eigenen Interesse von einer Auswanderung nach Argentinien abgeraten. Mehr noch trifft dieses auf diejenigen, die ohne festen Plan und ohne Landes- und Sprachkenntnisse nach Argentinien reisen; sie laufen Gefahr, unter den gegenwärtigen Verhältnissen der öffentlichen Rücksichtslosigkeit zur Beute zu fallen. Gleichzeitig sei bemerkt, daß die mit der Behörde verbundene Prüfung der Ausreisepapiere über moralische, politische und berufliche Eigenschaften des Auswanderers aufs äußerste verschärft ist, so daß nur völlig einwandfreie Personen auf Zulassung zur Einwanderung rechnen können.

**Stundung oder Selb. der Ausfuhrsteuer.** Die „Korser. Sta.“ schreibt anlässlich: Nach immer lauten beim Reichsfinanzministerium schwebende Gerüchte um Stundung oder Erlass der Ausfuhrsteuer ein, obwohl das Publikum schon wiederholt auf das Unwahrscheinliche dieses Wunsches hingewiesen worden ist. Den Steuerpflichtigen wird deshalb nochmals in ihrem eigenen Interesse dringend nahegelegt, derartige Gerüchte zunächst als das für sie zuständige Finanzamt zu klären. Werden die Gerüchte vom Finanzamt abgelehnt, so haben zunächst die Landesfinanzämter über etwaige Beschwerden zu befinden. Erst wenn auch die Entscheidung des Landesfinanzamts dem Steuerpflichtigen nicht zusagt, kommt eine Einrede an das Reichsfinanzministerium in Frage. Wenn also an einer baldigen Antwort zu zweifeln ist, der richtige keine Anträge nicht unmittelbar an das Reichsfinanzministerium, sondern zunächst an das für ihn zuständige Finanzamt oder Landesfinanzamt.

**Erneute Erhöhung der Invalidenversicherungsbeiträge.** Infolge des weiteren Rückgangs der Papiermark und der dadurch notwendig werdenden Erhöhung der Rentenleistungen sind die Invalidenversicherungsbeiträge mit Wirkung vom 1. November 1923 ab heranzuzusetzen worden. Auch die neuen Beiträge werden noch lange nicht den Friedenswert, indem der höchste Beitrag 23,2 Milliarden, also nur 23 Billionen, betragen, während im Frieden als höchster Wochenbeitrag 50 Billionen erhoben wurde. Es sind nämlich zu entrichten: bei einem Wochenverdienst bis zu 224 Milliarden (Lohnklasse 44) ein Wochenbeitrag von 3,8 Milliarden, bei einem Wochenverdienst von über 224 bis zu 322 Milliarden (Lohnklasse 45) ein Wochenbeitrag von 5 Milliarden, von über 322 bis zu 420 Milliarden (Lohnklasse 46) 7,2 Milliarden, von über 420 bis zu 700 Milliarden (Lohnklasse 47) 10,4 Milliarden, von über 700 bis zu 924 Milliarden (Lohnklasse 48) 14,8 Milliarden, von über 924 bis zu 1162 Milliarden (Lohnklasse 49) 18,8 Milliarden und bei einem Wochenverdienst von über 1162 Milliarden (Lohnklasse 50) ein Wochenbeitrag von 23,2 Milliarden Papiermark. Im Interesse der Röhnergebnisse werden die bisherigen Beitragsmarken beibehalten und zum 3000fachen Betrag des aufzubringenden Wertes verkauft.

**Ablieferung der Krankenversicherungsbeiträge.** Die Allgemeine Ortskrankenkasse Mannheim fordert im Angelegenheit die Arbeitgeber auf, die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung sowie zur Erwerbslosenfürsorge für die erste November-Woche bei Vermehrung des Selbstwertungsauflags sofort abzuliefern. Das Gleiche gilt für die Oktoberbeiträge, soweit sie bis jetzt nicht erhoben sind.

wiederversteuert. Die Bühnenbilder entwirft R. W. Ochs. In Mannheim ist uns eine Missetat von Welles; nach einem Hofmannshöfischen Text in Aussicht gestellt. — „Menchen ohne Traubdie.“ Komödie in drei Akten von Karl Haenel, wird im November am Heidelberger Stadttheater uraufgeführt. — Friedrich Wolffs neues Drama „Der arme Rantab“, das zur Zeit der Bauernkriege (16. Jahrh.) spielt, kommt 1924 zur Uraufführung im Dresdener Schauspielhaus. — „Der Kreidekreis“, ein altes deutsches Märchenstück, wurde in der Nachdichtung von Richard von Berliners Schauspielhaus zur Aufführung für alle Länder erworben und wird im Dezember zur Aufführung gelangen. — Camillo Hilbrandt, der Direktor des Berliner Familien-Theaters, hat die Komposition einer musikalischen Komödie mit dem Titel „Giff“ vollendet. — Ernst Blach hat neben ein vieraktiges Schauspiel „Mohammed“ beendet. In dem das religiöse Problem des reaktionären Schöpfers seine literarische und dramatische Gestaltung gefunden hat. — Hans Steinacker, der bisher als Regisseur der Oper am württembergischen Landestheater tätig war, ist als Spielleiter an das Nationaltheater in Weimar verabschiedet worden.

**Kunst und Wissenschaft**

① Von der Universität Jena. Das Verhältnis zwischen der Universität Jena und der sozialistischen Regierung spielt immer mehr zu. Hat doch der Kultusminister Reich in einer Besprechung mit dem Rektor der Universität ganz unumwunden zugeworfen, daß die letzten Beschlüsse lediglich nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt seien. Nach der Ansicht dieses ehemaligen Volkshochschullehrers ist die Universität nicht anders zu bewerten als irgendeine andere Hochschule. Ersichtlich ist dann allerdings, daß eine so bedeutungsvolle Schule unter Provisorienzustand gestellt werden soll: der Herr Minister verlangt nämlich, daß sämtliche amtliche Schriftstücke des Rektors, Senats und der Fakultäten, die sich nicht auf den inneren Verkehr der Universität beziehen, vor ihrer Herausgabe dem Ministerium vorgelegt sind.

② Jellinek Hans Heinrich Ehrler, der seine Dichter aus dem Schwabenland ist als Röntgenstrahlener in einer Stuttgarter Fabrik Bureauhilfe geworden. Ehrler ließ sich, nachdem er im Jahre 1910 seine Stelle als Chefredakteur des „Landboten“ in Karlsruhe ausgegeben hatte, in Friedrichshafen als Irrer Schritt stellen nieder und schuf in der folgenden Zeit manches Werk, das in der literarischen Welt Anerkennung fand und ihm eine treue Leserschaft gewann. Die Zeitverhältnisse zwangen ihn nun, sich des Lebens Unterhalt als Büroangestellter zu erwerben.

③ Soll man antike Statuen erdären? Sind das hier alles übertriebene Forderungen? wurde ein Berliner Museumsbeamter von einem alten Mithrasden geantwortet, als in den Jahren vor dem Kriege auch im Berliner Museum nach dem Vorgange von Dresden die meisten älteren Erzeugnisse antiker Bildwerke wieder entleert wurden. Die Gemahnen, neue Stücke in dem Zustande zu befestigen, in dem sie aus Tageslicht gekommen waren, und älteren Besch

Neuregelung des Schlichtungswesens. Durch eine Verordnung der Reichsregierung ist das Schlichtungswesen neu geregelt worden. Die Schlichtungsbehörden sollen in Zukunft von allen Einzelstreitigkeiten, insbesondere von Entlassungsstreitigkeiten, auf Grund des Betriebsvertrages, entsetzt werden. Dadurch werden die Schlichtungsausschüsse für ihre eigentliche Tätigkeit, Abhilfe und Abklärung von Gesamtereinigungen, frei.

Entnahme von Reichsbanknoten durch die Finanzstellen. Nach einer neuerlichen Anordnung des Reichsfinanzministeriums nehmen die Finanz- und Kassastellen wegen der bestehenden Zahlungsmittelknappheit bis auf weiteres befristete Reichsbanknoten aus dem Verkehr. Als Zahlungsmittel sind dabei nur die Reichsbanknoten der 100-Mark- und 50-Mark-Sorte, an dem der befristete Reichsbanknoten der 10-Mark-Sorte, wenn der Saft oder die Lieberweilungsaart beim Volksbedarf bei der Kasse selbst eingereicht wird, als Zahlungsmittel der 10-Mark-Sorte bei der Kasse, während bei der Einreichung dieser Vorkasse beim Volksbedarf für den Saft der Zahlung der Tageskassen der Reichsbanknoten mahnend ist. Nach wie vor besteht die Möglichkeit, Abgaben durch Banküberweisung auf ein Konto der Finanz- oder Kassastelle zu bestreiten; in diesem Falle wird als Zahlungsmittel der 10-Mark-Sorte an dem dem Betrag dem Konto der Kasse aufgeschrieben wird.

Verfahrensweise an die Reichsbahn auf Goldbasis. Mit Rücksicht auf die Einführung von Goldmarken und Goldnoten am 1. November ab hat der Reichsverkehrsminister angeordnet, daß Erhaltungsrüch wegen Verfalls, Rinderkrankheiten, Bruchabgabe und Lieferfristüberschreitungen von Getreide, Erzeugnissen, Öl- und Fruchtsäften, die von diesem Tage an ausgeliefert werden, ebenfalls auf Goldbasis abzuwickeln sind.

Weitere Preisermäßigungen im Personenverkehr der Staatsbahnen. Die vorübergehende Ermäßigung der Fahrpreisen um 50% wird seit 5. November auch auf Arbeiter- und Schülerfahrkarten ausgedehnt.

Zu den ausfallenden Schweißungen, die außer zahlreichen Personen- und Gütern am 12. November ab nicht mehr gefahren werden sollen, wird auch das Schweißungsstück D 32/33 Mannheim-Heidelberg (Stuttgart-Würzburg-Berlin) abhaken. Ferner D 75/76 Karlsruhe-Mannheim-Krausfurt am Main (solange der Weg über Rannweiler ist). Richtiglich von Frankfurt bleiben die Rüge bestehen. Erklärungsbeziehung wird durch D 135/136 vermittelt. D 175/176 Karlsruhe-Heidelberg-Frankfurt a. M. Erklärungsbeziehung durch D 65/66, D 115/116 Mannheim-Würzburg, sowie eine Anzahl von Nebenlinien.

Durchgangsverkehr an der Schweizer Grenze. Mit Einführung des Goldmarks im Personenverkehr der Eisenbahn auf 1. Nov. ist eine Erleichterung im oberbayerischen Grenzgebiet infolge eingetreten, als der Verkehr der in Deutschland liegenden Stationen unter sich im Durchgang durch die Schweiz von der Anfangs- bis zur Bestimmungstation künftig nach dem deutschen Goldmark berechnet wird. Die bisher bei der Berechnung der Fahrpreise für die auf Schweizer Gebiet liegenden Reichsbahnstationen zu Grunde gelegten Schweizerischen Bundesbahntarife kommen dabei in diesem Durchgangsverkehr nicht mehr in Anwendung. Die für den Durchgangsverkehr getroffenen besonderen Maßnahmen treten von diesem Tage an außer Kraft.

Milch nur gegen wertbeständige Zahlungsmittel? In der Bevölkerung ist das Gerücht verbreitet, die Milchzentrale gebe die Wagemilch, die sie aus der Schweiz bezieht, an die Händler nur gegen wertbeständige Zahlungsmittel ab, da der Preis auf 14 Goldmarken festgesetzt ist. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Milchzentrale auch für die Wagemilch nach wie vor Papiergeld in Zahlung nimmt, daß aber auch die Milchhändler verpflichtet sind, diese Wagemilch sowohl gegen Papiermark, als auch gegen wertbeständige Zahlungsmittel, nach Wahl der Verbraucher, abzugeben.

Erbschaft Dr. Feil ist am Sonntagabend von seiner Kammer zurückgekehrt und wurde um 6 Uhr plötzlich im Kreibitzer Ränker ertränkt.

Die persönliche Bekanntschaft zum Betreibe der Kaiser-Wasserei in Mannheim wurde dem Korbhändler Karl Schmidt aus Sinsheim a. T. verliehen.

Todesfall. Im Alter von 73 Jahren ist am Sonntag in Karlsruhe unerwartet an den Folgen eines Schlaganfalls der frühere Leiter der Post- und Steuerdirektion, Wirt. Geh. Rat a. D. Emil Seubert verstorben. 40 Jahre seines Lebens hat er dem Staatsdienst gewidmet; er war davon die ersten Jahre im Eisenbahndienst tätig und zwar zunächst als Stationskontrollor in Mannheim und dann als Realisationsdirektor bei der Generaldirektion in Karlsruhe. 17 Jahre nach seinem Eintritt in den Staatsdienst wurde er, Seubert, in das Finanzministerium versetzt, 1890 zum Ministerialdirektor und 1896 zum Kolldirektor ernannt. 1906 erfolgte seine Ernennung zum Staatsrat und 1909 zum Leiter der Post- und Steuerdirektion, wodurch die bis dahin selbständigen Finanzmittelsstellen in eine vereinigt wurden. Der Verstorbenen war der Verfall des ersten Beamtenlohnens vom Jahre 1888, das damals mit 10 Monaten allen Wirklichen aufräumte, das aber später wiederum anderen Umständen Platz machen mußte, zumal als Finanzminister Rheinbold während des Krieges verlangte, daß im Interesse größerer Wirtschaftlichkeit obere Stellen, zu deren Verechtung akademische Bildung nicht erforderlich ist, von mittleren Beamten versehen werden sollten. Im März

von den früheren Eränzungen zu befreien, stand im Gegensatz zu dem Gebrauch früherer Jahrhunderte, die alle lebenden Teile antiker Bildwerke im Gelände der eigenen Kunst ergänzt hatten. Aber die Körper mit den abgedruckten Reliefs, waren in der Tat (scharfheit und bieten auch dem Hochmann seine Anregung seiner Einbildungskraft zur innerlichen Vorstellung des Lebenden. Deshalb die Berliner Museumsleitung in seiner Zeit einen anderen Weg ergründen, mit welchem Erfolge sie das tat, das letzten die vom Julius Prof. Schröder leit im neuen Gebäude für Kunstkammer (in der Frankfurter Verlosungshalle N. O.) veröffentlichen Bildungen. Idealerweise Frauenköpfe, denen das Fehlen der Reliefs nicht von ihrem Reize nahm, wirken nach Ergründung mit etwas Glas nun ungetrübt in ihrer Schönheit. Die Höhe des Verfalls wurde gleichfalls an Male und Heim ausspricht und hat nun das gelungene Ergebnis der Erscheinung des großen Staatsmannes. Und der Kopf des Kollers Maximilian, dieses Gotenabkömmlings auf dem Thron der Koloren, erscheint nun erst in seiner ganzen Abnormität, nachdem die übermäßig ausladende Nase die verklärte Stirn in das charakteristische Verhältnis bringt. Ebenso hat man jetzt seinen Antlitz annehmen, die häßlichen Krümmen von Kalkstein, die sich im Boden an den Marmorwerken ansetzen, als sie nach in der Erde lauen, mit mechanischen Mitteln zu beseitigen. Auch das macht die Antiken genießbar. Wurde nun bisher von Wirklichen zu Wirklichen geübt, so überwiegt nun die Harmonie vollständiger Werke, und die Wissenschaft kann alles kontrollieren, da der matte gelinde Gips sich immer vom Marmor abhebt und wieder entfernt werden kann, falls eine Ergänzung sich als falsch herausstellen sollte.

**Zeitschriften**

Musikblätter des Abends. Monatschrift für moderne Musik. Herausgeber Dr. P. Stefan. Rosenbergsche Universitäts-Druckerei, Wien.

Schade, daß diese ausgezeichnete Zeitschrift, auf die wir in Deutschland beim raschen Hinsinken unserer Musikzeitschriften mehr als zu werden haben müssen, so sehr den Charakter einer Hauszeitschrift der Universität Edition trägt. Das sagt den Herzogen und bebrüllt die kritischen Schöbe, denn es steht oft viel Gutes, immer fast viel Interessantes in ihren Spalten. Vielleicht wird sie in der Folge etwas freier.

Deutsches Volkstum. Monatschrift für das deutsche Volkstum. Herausgeber Wilhelm Stapel. Oktoberheft. Hanseatische Verlagsgesellschaft, Hamburg.

Eine unsterblich ausdauernde Zeitschriften von einer mit deutschen Haltung, überparteilich deutsch und damit ohne die verheerende Unübersichtlichkeit gegen Andersdenkende. Bornheim im Ton bei aller Schärfe. Eine treue Dienerin der deutschen Kultur, eine fleißige Mitarbeiterin aller Bestrebungen in Dingen des deutschen Ethos, eine Chronik aller oder Geschichtsmächte in Dingen der deutschen Kunst, eine Hüterin der deutschen Seele.

1919 nahm Geh. Rat Seubert, der während des Krieges ein Jahr lang auch Mitglied der ersten Kammer des Reichstages war, seinen Abschied. Politisch wählte er die zur Revolution zur Zentrumspartei, ohne aber besonders hervorzutreten; in den letzten Jahren hat er sich der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Seine Haupttätigkeit in der Zeit seines Aufstehens widmete er der Kammerführung, die mit ihm einen eifrigen Förderer verloren hat.

**Veranstaltungen**

3. Theaterabend des Nationaltheater Berlin. Oper „Bohème“ (La Traviata) in der Fassung der Neueinstudierung erstmals wiederholt. Am Donnerstag Rotows Oper „Alessandro Stradella“ mit Irene Jen a. G. in der Partie der „Leonore“. Anlässlich von Schillers Geburtstag (10. November 1759) wird am Donnerstag, den 8. November im Abendkonzert des Hofopertheaters das Schauspiel „Die Räuber“ wiederholt.

3. Akademienkonzert. Heute Dienstagabend findet im Aula-Kauf das zweite, diesjährige Akademienkonzert statt unter Leitung des Generalmusikdirektors Richard Bert. Vortragsfolge: Hermann Hans Wegler: Symphonische Fantasie. Anton Bruckner: Symphonie Nr. 3 d-moll.

Der Gesamtverband deutscher Angestelltenvereine hält heute abend in C. 1. 10/11 (früher Kaufmännischer Verein) eine Vollversammlung ab, in der über Gehaltsfragen berichtet wird. (Weiteres Einzelne in dieser Nummer.)

Das Mannheimer Künstlertheater „Apollo“ ist infolge der unerschwinglichen Licht- und Heizungskosten gezwungen, an den Wochentagen bis zur Durchführung der neuen Wärmung geschlossen zu halten. Am verfluchten Samstag und Sonntag stellt sich ein Variete-Ensemble vor, von dem gesagt werden kann, daß jede Nummer erstklassig ist. Den ganzen zweiten Teil stellt Karl Scherber, ein Universalgenie, aus, der am besten mit Söldner Schöpfer zu vergleichen ist. Er waltet als Zauberer mit neuartigen Tricks auf, die mit großer Eleganz und Gewandtheit ausgeführt werden, verwandelt sich vom Schattenspieler in einen türkischen Jongleur, vertritt mit phantastischer Gehirntrikage bei dem Auflegen von vielstimmigen Zahlenreihen, die auf einer großen Platte verfolgt werden können, und sichert sich einen guten Abgang als Handballspieler. Kammerfräulein Charlotte Ruhn-Bruner und ihr Gatte, Kammerfräulein Dr. Paul Ruhn, das ehemalige Mitglied des Nationaltheaters, stehen im Mittelpunkt des ersten Teils des Programms. Nach je zwei Sollen, bei der die hohe Kultur und die hervorragende technische Schulung der beiden klug-schönen Stimmen sich zu wirksamen Gesamteindrücken vereinen, trägt das Künstlerpaar mehrere prachtvoll zusammenhängende Duette vor, die in jeder Hinsicht so ausnehmend gut sind, daß es ohne Zugabe nicht abging. Ernest u. Sohn, die u. M. in Mannheim zum erstenmal öffentlich bei den Heimkehrern der Kriegsgesangenen aufgetreten sind, haben inzwischen ihre hand-auf-hand- und Kopf-auf-Kopf-Arbeit zu aufs feinste durchgearbeiteter Fortschritt abgelehrt. Equator, der Großkünstler, vollführt in originaler Ausführung Körperverrenkungen, das man glauben kann, einen „Mann ohne Knochen“ vor sich zu haben, und Ernst Sione zeigt sich in der Luft-Balance als Meister in seinem Fach. Die Kapelle, die auf dieses Mann zusammengekommen ist, bemüht sich aufs Beste, die musikalische Begleitung ergötzt durchzuführen.

Der Stenographenverein „Steno-Sachen“ Mannheim hielt am Samstag sein diesjähriges Stiftungsfest in den nicht gefüllten oberen Räumen des „Ballhauses“ ab. Das Unterhaltungsprogramm war sehr reichhaltig. Ganz hervorragend sticht das Doppelquartett der „Hedderhölle“ unter Leitung des Musikdirektors Friedrich Geilert. Besondere Erwähnung verdient die „Mannheimer Altherke“ unter Führung des Herrn Korte gefeiert. Den humoristischen Teil bestritt der in Mannheim allezeit bestens bekannte Volkstanz Toni Ruhn. Einige nobelartige Solotänze, vorgeführt von Herrn Brock und Fräulein Weiß, sowie ein Reigen von 6 Damen des Vereins verlebten den Abend. Während der Abwicklung des Unterhaltungsprogramms begrüßte der erste Vorleser, Herr Otto Schneider, die amwesenden Mitglieder und Gäste, sprach einige Worte über die Bedeutung der Stenographie und gab die Ergebnisse des Fernwettbewerbs vom 7. Oktober 1923, das an Stelle eines Bundesstaates eingehend wurde, bekannt. Die Namen der Preisräuber in den oberen Abteilungen sind folgende: 300 Silben I. Preis Herr Max Böhm, 280 Silben I. Preis: Herr Karl Stolz, Herr Karl Scholl, Herr Arth. Behrend, 220 Silben I. Preis: Herr Franz Wellenreuther, Herr Karl Wellenreuther, Fräulein Emma Sturm, Frau Gile Debus, 200 Silben I. Preis: Fräulein Juliane Sibold, Fräulein Anna Kiele, 160 Silben I. Preis: Fräulein Annette Kiele, Fräulein Auguste Späth, Fräulein Käthe Späth, 160 Silben. I. Preis: Fräulein Wilma Schneider, Fräulein Rolf Kienacher, Fräulein Ute R. U. I. Preis: Fräulein Ute Kiele, 140 Silben. I. Preis: Herr Karl Schäfer. Der Rest des Abends stand der kunstvollen Jugend zur Verfügung.

**Aus dem Lande**

7. Hebbesheim, 5. Nov. Im Laufe der verflochtenen Woche wurde Labat (Sabbat) um 43 Goldmark gebauert. — Mehrere junge, 3. J. arbeitlose Leute lieferten sich einen unüberlegten Streich. Sie begaben sich auf die Gemeindegasse, fällten dort mehrere Laubbäume und nahmen die Stämme als Brennholz nach Hause. Die Polizei, die der Sache auf die Spur kam, erstattete Anzeige, worauf das gehauene Holz an die Gemeinde abgeliefert werden mußte. Die Täter werden sich nach weiter zu verantworten haben. — Das neue wertbeständige Geld, das die Fabrikarbeiter dieser Tage, erstmals als Lohn nach Hause brachten, hat allgemeine Freude ausgelöst. Allerdings darf das Geld nicht als Zahlungsmittel benutzt werden.

Heidelberg, 5. Nov. Am Sonntag vormittag verunglückte ein gebührender Volkshändler von hier dadurch, daß er unbedacht auf einen Montagewagen der Straßenbahn Heidelberg-Rohrbach sprang und dabei herunterfiel. In demselben Zustande wurde er in das in der Nähe gelegene Landsträupelheim gebracht. Lebensgefahr ist nicht ausgeschlossen. Ein Verdrüßiger drücker Personen liegt nicht vor.

Waldsachsenbad, 5. Nov. Der Turm auf dem Rabenbühl, der bekanntlich wie die Spitze des Berges, Privatigentum des ehemaligen Großherzogs ist, ist jetzt geschlossen. Der Turm stand früher jederzeit offen, bis durch Bubendand die Finnen oben abgerissen und Steine in die Tiefe gestürzt wurden. Die großherzogliche Verwaltung hat den Turm wieder herstellen lassen. Im Logen, wo gemister Fremdenverkehr zu erwarten ist, steht ein Mann unten am Turm, der den Besuchern aufschließt, sonst ist der Turmschlüssel in Aufbewahrung bei Waldhäuser Kurveiter.

Oberndorf bei Berber, 4. Nov. In einer der letzten Nächte wurde in der besagten Kapelle der Tabernakel erbrochen und ein goldener Reich und das goldene Repostorium in der Halle gestohlen. Der Tat bringen verdächtig wurde ein Burche von Krautheim verhaftet und ins Amtsgefängnis Berber eingekerkert. Er hat schon zweimal Krautbaum begangen.

Idelshelm, 4. Nov. Besten Merkte der frühere Müller Johann Georg Schmidt (geb. 1842) und seine Ehefrau Maria geb. Müller von Redarburden (geb. 1851) die goldene Hochzeit. Das zehn Kindern sind nur noch drei am Leben, die sich mitreuen dürfen.

Karlsruhe, 4. Nov. Unter der furchtbaren Not der Zeit leiden vor allem die älteren Leute und unter diesen wieder die Witwen. Daraus erklärt sich die große Zahl der Selbstmorde und Selbstmordversuche, die man beim Durchlesen der Tageszeitungen begegnet. Auch in Karlsruhe hat schon wieder eine Witwe in der Alb den Tod gesucht und eine andere 74jährige Witwe wollte sich durch Beutungs vergiften.

Eppingen, 4. Nov. Auf dem Wege nach Hause wurde der in den manigsten Jahren lebende Landwirt Johann Walder vom Herzogshaus getroffen. Der eigene Bruder ließ ihn tot auf.

Worms, 5. Nov. Ein aufregender Vorfall ereignete sich letzter Tage, als Polizeibeamte einen jungen Mann verhafteten. Dieser warf plötzlich ein Paket weg; als sich die Beamten danach bückten, sah sich der junge Mann, dessen Verantwortung nicht bekannt ist, eine Kugel in den Kopf. Die Verletzung ist lebensgefährlich. Das Paket enthielt, wahrscheinlich von einem Diebstahl herrührend, Schmutz und Edelstein.

# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Reichsbankausweis vom 23. Oktober

Vermögen (in 1000 Mark)	
Bekanntbestand	14217005 — 237376
Erwarteter Goldbestand	47038 + 2310
und zwar Goldbestand	43711 + 2310
Restbestand (unbek.) bei ausl. Zentralnotenbanken	11312 unv. veränd.
Bestand an Reichs- u. Darlehenskassenscheinen	79 807 287 435 004 + 74 857 224 606 010
an Noten anderer Banken	1 177 344 + 442 + 640 740 203
an Wechseln und Schecks	157 825 018 + 4 292 + 122 084 429 712 + 58
an diskontiert. Beschatzungswertung	6/8 1/2 724 36 403 + 810 620 157 354 308
an Lombardforderungen	4 128 931 798 + 17 + 1 087 703 787 16
an Effekten	1 137 49 617 427 + 33 329 817 090
an sonstigen Aktiven	105 70 901 / 10 087 + 172 20 607 321 114
<b>Verbindlichkeiten:</b>	
Bruttokapital	100 000 unverändert
Reservefonds	100 000 unverändert
Befrag. der umlaufenden Noten	514 330 357 246 268 + 40 000 770 530 816
Reichs- und Staatsanleihen	26 081 612 412 630 + 236 401 091 970 541
Fruchtansätze	12 088 116 828 430 + 50 814 264 9 740
Sonstige Passiva	18 601 933 7 240 + 172 20 607 321 114

Die Beanspruchung der Reichsbank schritt in der dritten Oktoberwoche in ungeheurem Umfange fort. Die Anforderungen an die Bank folgten dabei der ein maßloses Tempo annehmenden Marktentwertung, die sich in einer Steigerung der Dollarnotierungen an der Berliner Börse auf das fünfzehnfache — von 3,76 am 15. d. M. auf 56 Milliarden am 23. d. M. — ausdrückte. Die gesamte Kapitalanlage der Bank hat sich in diesem Zeitraum etwa vervierfacht, sie stieg von 23 762 auf 836 692 Billionen  $\mathcal{M}$ , und zwar erhöhten sich die Bestände an diskontierten Reichsschatzanzweisungen um 510 400 auf 678 180, die Wechselbestände um 123 281 auf 152 826 Billionen  $\mathcal{M}$ . Die in der Vorwoche vorübergehend von der Reichsbank befristigten Darlehensansprüche an die Darlehenskassen wurden diesen wieder überwiesen, da das Kontingent der Darlehenskassen inzwischen erhöht worden ist; demgemäß zeigt das Lombardkonto der Reichsbank einen Rückgang um 1088 auf 4529 Billionen  $\mathcal{M}$ .

Von den neu beanspruchten Kreditbeträgen flossen 305 748 Billionen  $\mathcal{M}$  den fremden Geldern der Bank zu, die damit auf 300 091 Billionen  $\mathcal{M}$  zunahm.

400 981 Billionen  $\mathcal{M}$  wurden der Reichsbank in der Form von Banknoten entzogen. Ihr Noten-Umlauf schwoll infolgedessen auf 524 531 Billionen  $\mathcal{M}$  an.

Dem Goldkassenbestande gingen 23,1 Millionen Goldmark wieder zu, die ihm vor einigen Wochen zwecks Bestimmung als Sicherheitsdepot im Interesse der Devisenbeschaffung entnommen worden waren. Das im Auslande ruhende Golddepot änderte sich nicht.

Die Darlehenskassen des Reiches wurden nach Erweiterung ihres Kontingents mit 73 957 Billionen  $\mathcal{M}$  neu in Anspruch genommen, ihr Darlehensbestand stieg von 5663 auf 79 650 Billionen  $\mathcal{M}$ . Dementsprechend vermehrten sich die Bestände der Reichsbank an Darlehenskassenscheinen.

### Neue Verordnungen für den Zahlungsverkehr

Der Reichskanzler hat auf Grund des Artikels 48 angeordnet, daß bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem außerdeutschen Kurs der Mark bemessen sind, die Erfüllung der Verpflichtung verweigert werden kann, insofern der Forderungsberechtigte die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt.

Eine zweite Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt zur Vorbereitung eines gesicherten Umrechnungssatzes für die Papiermark in Goldmark, daß jeder Verkäufer, der Preise in Gold oder Goldanleihe berechnet, verpflichtet ist, Papiermark nach dem amtlichen Umrechnungskurs der Berliner Börse anzunehmen. Der Plan für die Fixierung des festen Mindestumrechnungssatzes zur Einlösung der Papiermark in einen wertbeständigen Wert liegt dem Reichskabinett bereits zur Beschlussfassung vor.

Berlin, 5. Novbr. Der Goldumrechnungssatz der Reichssteuer am 6. November beträgt 100 Milliarden.

Noether & Bonné A.-G. in Mannheim. Die seit dem Jahre 1847 bestehende Firma Noether & Bonné (Tülle und Spitzen) wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1923 in eine Aktiengesellschaft unter der Firma Noether & Bonné A.-G. umgewandelt. Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören an: Dr. Hermann Ebertsheim, Rechtsanwalt in Mannheim, Bankier Alfred Lefo in Mannheim, Dr. Edgar Wieggers, Rechtsanwalt in Hamburg. Zum Vorstand sind die bisherigen Inhaber der Firma Noether & Bonné, Fritz Dettlinger, Otto Süßner, bestellt mit der Maßgabe, daß beide Herren alleinzeichnungsberechtigt sind. Ernst Marx ist Handlungsvollmacht erteilt.

Pfälzische Mühlenwerke, Mannheim. Die Rheinische Creditbank hat bei der Zulassungsstelle der Mannheimer Börse den Antrag gestellt, nom. 92 000 000  $\mathcal{M}$  Stammaktien (No. 8001—100 000) der Pfälzisch. Mühlenwerke zum Handel und zur Notierung an der Mannheimer Börse zuzulassen.

### Börsenberichte

Mannheimer Aktienbörse  
Mannheim, 5. Novbr. Der Börsenverkehr war sehr lebhaft bei haussierender Tendenz; insbesondere sind chemische Werte ganz erheblich gestiegen. Anilin wurden zu 42 000 gehandelt, Bremen-Besigheimer gefragt zu 5000, Rheinania zu 25 000, Verein Deutscher Oelfabriken zu 5000 und Westeregeln zu 50 000. Weiterhin gingen um:

Dampfkesselfabrik Rodberg zu 1000, Fahr zu 13 000, Waggonfabrik Fuchs zu 2500, Heiderheimer Kupfer zu 10 000, Karlsruher Maschinenbau zu 7000, Knorr zu 8000, Braun Konserven zu 1500, Mannh. Gummi zu 800, ral., Maschinenfabrik Badenia zu 1000, Neckarsulmer zu 7000, Pfälzer Mühlenwerke zu 1000, Rhein-Elektra zu 3000, Freiburger Zieglerwerke zu 500 und 600, Wayss u. Freytag zu 6000, Zellstofffabrik Waldhof zu 15 000, Zuckerfabrik Frankenthal zu 11 000 und Zuckerfabrik Waghäusel zu 9000; Benz stellten sich 5000 G. ex. Bezugsrecht (nachbörlich 6000 bz. u. G. ex.), Dingler 4000 G., Emailwerke Meißner 4000 G. und Zementwerke Heidelberg 6000 G. Von Brauereien standen Sinner zu 2000 im Verkehr (alles in Milliarden Prozent). Sämtliche Versicherungsaktien erfuhren gleichfalls höhere Notierungen.

Nachlese von den Montagsbörsen. An der Frankfurter Börse lagen zahlreiche Kaufaufträge ohne Preisbegrenzung vor. Die an und für sich eingetretenen Preissteigerungen wären zu phantastischen Kurssprüngen ausgearbeitet, wenn der Börsenvorstand die Hochsteigerung der variablen Kurse nicht auf etwa den fünf- bis sechsfachen Stand des vorausgegangenen Börsentages beschränkt hätte. Insofern zu solchen Kursen kein Ausgleich möglich schien, trat, nach der Frankfurter Zeitung, Aussetzung der Kursnotierung bis zum Kassakurs ein, eine Eventualität, von der für die meisten Aktien Gebrauch gemacht wurde. Es wurden zu Beginn notiert: Zolltürken 35 (plus 30,10) Billionen Prozent. — Am freien Aktienmarkt wurde die Umstellung des Handels auf Aktien gegen Goldanleihe theoretisch erörtert und die Umsätze vollzogen sich bei erregter Tendenz. Gehandelt wurden: Api 10 (plus 7,3) bis 29, dann 20 Bill. Proz., Becker-Kohle 15—21 $\frac{1}{2}$  Bill. Prozent, Becker-Stahlwerk 15—34, dann 28 Bill. Prozent, Krügershall 13—40, dann 33 Bill. Proz., Frankfurter Hotelbetrieb 600, später bis über 2000 Milliarden Prozent, Brown Boveri 800, später bis 5000 Md. Proz., Gummi Necker 100—120 Md. Proz., Contibank 200—275 Md. Proz., Rheinische Handelsbank 22 Md. Proz., Kreichgauer Maschinen 80,75, dann plötzlich 500, 600, junge anfangs 70 Md. Proz., Kaiser Waggonfabrik 550—1000 Md. Proz., Entreprises 45 Bill.  $\mathcal{M}$  Geld, Schebera 1 $\frac{1}{2}$ —2 $\frac{1}{2}$  Bill. Proz., Unionbrennerei Kehl 750 Md. Proz., Mez Söhne 2 $\frac{1}{2}$ —3 Bill. Proz. Die Kursbewegung vollzog sich ganz irregulär und explosiv bei den einzelnen Aktien. Als aus dem besetzten Gebiet weitere Markverschlechterungen gemeldet wurden stiegen die Kurse des Freiverkehrs weiter.

Die Notierungen per Kassa senkten sich dann unter Abgaben der Kasse etwas, zumal Gerüchte von Unruhen in Berlin umliefen.

Bemerkenswert war die Entwicklung am Markt der wertbeständigen Anleihen. Es notierten u. a.: Walchensees Gold pro Gramm Feingold 140, 2, 3 $\frac{1}{2}$ , 4 $\frac{1}{2}$ , 5 Billionen  $\mathcal{M}$ , Necker Gold pro Dollar 2, 4, 4 $\frac{1}{2}$  Billionen  $\mathcal{M}$ , Rhein-Main-Donau Gold pro Dollar 3, 3 $\frac{1}{2}$ , 4 $\frac{1}{2}$ , 5 Billionen  $\mathcal{M}$ , Preussische Kali pro Dtzr. 2 $\frac{1}{2}$ , 3 $\frac{1}{2}$ , 3 $\frac{1}{2}$ , 4, 4 $\frac{1}{2}$ , 5, 6, 7 Bill.  $\mathcal{M}$ , Sachsenkohle 2 bis 4 $\frac{1}{2}$  Billionen  $\mathcal{M}$ , Festwertanleihe 2, 3 $\frac{1}{2}$ , 3 $\frac{1}{2}$  Billionen  $\mathcal{M}$ , Mannheimer Kohle 11—12—15 Billionen  $\mathcal{M}$ , Stadtanleihen: 8 Proz. Frankfurt a. M. 20 Mill. Proz., neue Aschaffenburg 30 000 Prozent, beide im freien Verkehr.

An der Berliner Börse war man der Ansicht, daß eine bedeutende Erhöhung der Devisennotierungen eintreten werde, weshalb sich auch dort ohne Mühe Vervielfachungen der Wertpapierkurse durchsetzen konnten. Doch war die Stimmung unsicher, da niemand genaues über die Stabilisierungspläne der Regierung und den Bestand des Rumpfkabinetts weiß, so daß sich also auch nicht beurteilen läßt, ob die Reichsbank in einiger Zeit eine wirkliche Stütze bekommt, wodurch vielleicht der Grund für die übersteigerte Nachfrage nach Sachwerten und Goldanleihe fortfallen würde. Die rheinisch-westfälischen Werte kamen fast überhaupt nicht zur Notiz, weil für sie zu den allgemeinen Motiven der Börse noch die besondere Erwartung tritt, daß binnen kurzen nicht nur Krupp, sondern auch der Stinnes-Konzern und die übrigen Werke, auch die Staatszechen der Hibernia, Arbeitsverträge mit den Besatzungsmächten schließen und also die Produktion wieder in Gang kommen würde.

Als dann die Samstagnotierungen für die Devisen beibehalten wurden, war die Stimmung schwankend. Man glaubt darin den Beweis zu sehen, daß die Regierung für ihre Marktstabilisierungsabsicht das Umtauschverhältnis von 1 zu 100 Milliarden  $\mathcal{M}$  krampfhaft festhalten möchte. Die Bewertung der Valutapapiere löste sich allerdings vollständig von den deutschen Devisennotierungen los. Argentinische Chadebonds anfangs 1200, später 1800 Billionen, was einem paritätischen Peso-Kurs von zirka 8 Billionen entspräche, während in Wirklichkeit auch in Obersee der Kurs niedriger ist. Es lag also seitens der deutschen Märkte eine bedeutende Überschreitung der Wertparität fast auf das Dreifache vor.

Schließung der Kölner Börse? Der Börsenvorstand erwägt eine Schließung der Kölner Börse bis wieder eine regelrechte Kursfestsetzung möglich ist.

### Devisenmarkt

New York, 5. Novbr. (W3) Devisen	
Frankreich	5 27 5 28
Belgien	4 95 4 96
Schweden	17 75 17 76
England	1 45 1 46
Spanien	13 28 13 29
Italien	4 43 4 47

## Waren und Märkte

### Mannheimer Viehmarkt

Dem Viehmarkt vom 5. November wurden zugeführt: 392 Stück Großvieh, davon 103 Ochsen, 49 Farren, 240 Ähe und Rinder; ferner 103 Kälber, 8 Schafe, 349 Schweine, 34 Arbeitspferde, 15 Schlachtpferde. Preise für 50 kg Lebendgewicht in Goldmark: Ochsen: 1. Kl. 43—50, 2. Kl. 44—46, 3. Kl. 40—44, 4. Kl. 36—38; Farren: 1. Kl. 44—48, 2. Kl. 40—44, 3. Kl. 34—38; Kühe und Rinder: 1. Kl. 40—50, 2. Kl. 46—48, 3. Kl. 40—44, 4. Kl. 36—38, 5. Kl. 28—32; Kälber: 50—63; Schafe: 30—50; Arbeitspferde: 20—5 $\frac{1}{2}$  Billionen  $\mathcal{M}$ ; Schlachtpferde: 5—10 Billionen  $\mathcal{M}$ .

Marktverlauf: Mit Großvieh mittelmäßig, kleiner Ueberstand; mit Kälbern mittelmäßig, geräumt; mit Pferden mittel; mit Schweinen mittelmäßig, nicht ausverkauft. — Eine Preissteigerung nach den Marktpreisen bei Verkäufen ab Stall stel. sich als strafbare Preistreiberi dar, vor der gewarnt wird.

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuern, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Frankfurter Getreidebörse. Bei fester Tendenz notierten an der Frankfurter Getreidebörse am Montag Weizen 21—21,50, Roggen 19,5—20,25, Sommergerste 20—20,5, Hafer, incl. 16,50—17, Weizenmehl 32—34, Roggenmehl 31—32, Kleie 7—7,50 Goldmark.

Kaffee-Wochenbericht der Morris A. Hess Ges., Hamburg. Infolge der erneuten Devisenbeschränkungen ruhete das Geschäft in der abgelaufenen Berichtswoche fast völlig. Mit einer Belebung kann erst gerechnet werden, wenn dem Importhandel die Möglichkeit zur Devisenbeschaffung wieder gegeben ist. Der Weltmarkt neigte eher zur Schwäche. Brasilien setzte seine Forderungen um 1—2 Schillinge herunter, ist jedoch gegen das Angebot aus zweiter Hand noch zu teuer.

Wollversteigerung in Berlin. (Offizieller Bericht.) Die von der Deutschen Wollgesellschaft m. b. H. abgehaltene 13. diesjährige Wollversteigerung des Wollwertverbands deutscher Landwirtschaftskammern, welche mit ungefähr 600 Zentnern besetzt war, fand in guter Stimmung Nehmer. Man bezahlte für ausgewaschene Merino-A-Wollen 120—145 Goldmark je Zentner Schmutzwolle, im Durchschnitt 8 Goldmark je kg fabrikgewaschen ohne Spesen, halbblau A- und A/B-Wollen 100—130 Goldmark je Zentner Schmutzwolle, im Durchschnitt 6,50—7 Goldmark je kg fabrikgewaschen ohne Spesen, Kreuzungswollen durchschnittlich C-Feinheit 70—90 Goldmark je Zentner Schmutzwolle, im Durchschnitt 5,50 Goldmark je kg fabrikgewaschen ohne Spesen. Da die Zahlung in Goldanleihe erfolgt, so ist das Resultat für den Landwirt ein außerordentlich bemerkenswertes. Die besten Versteigerungen finden statt am 14. Dezember 1923 in Berlin, am 18. Januar 1924 in Leipzig usw.

London, 5. Novbr. (W3) Totalmarkt	
Woll	43,80 43,80
Wickel	130, 131, —
Zinn Kassa	201,85 205,30
da. 3 Monate	— — —
Regulus	28 1/4 41 1/4

### Schiffahrt

Nächste Dampferfahrten der Hamburg-Amerika Linie:  
New York: D. „Albert Ballin“ am 8. Nov.; D. „Thuringia“ am 15. Nov.; D. „Resolute“ am 17. Nov.; D. „Hansa“ am 22. Nov.; D. „Cleveland“ am 29. Nov.; D. „Reliance“ am 1. Dez.; D. „Westphalia“ am 6. Dez. — Boston-Baltimore-Norfolk: D. „Fürst Bülow“ am 9. Nov.; D. „Bayern“ am 8. Dez. — Philadelphia-Baltimore-Norfolk: D. „Emden“ am 23. Nov. — Cuba-Mexico: D. „Idarwald“ am 7. Nov.; D. „Holsatia“ am 20. Nov.; M.S. „Odenwald“ am 8. Dez.; D. „Toledo“ am 22. Dez. Westindien: D. „Taad“ am 10. Nov.; D. „Denderab“ am 23. Nov. Ostasien: Engl. D. „Laomedon“ am 10. Nov.; D. „Saarbrücken“ am 17. Nov.; Engl. D. „City of Canterbury“ am 24. Nov.; M.S. „Münsterland“ am 1. Dez.; Engl. D. „City of Glasgow“ am 8. Dez. — Westküste-Nordamerika: M.S. „Isis“ am 17. Nov.; D. „Ingram“ am 1. Dez.; D. „Montpellier“ am 11. Dez. Süd-Amerika: D. „Antiochia“ am 9. Nov.; D. „Teutonia“ am 8. Nov.; D. „Liguria“ am 15. Nov.; D. „Baden“ am 28. Nov. — Levante-Dienst: D. „Durazzo“ ca. 8. Nov.; D. „Pera“ ca. 7. Nov.; D. „Carducci“ ca. 10. Nov.; D. „Morea“ ca. 14. Nov.; D. „Calro“ ca. 17. Nov.; D. „Greta“ ca. 20. Nov. Nach Riga und Petrograd wöchentlich.

### Wasserstandsbeobachtungen im Monat November

Station	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Oberrhein	1,08	1,20	1,20	1,24	1,09	1,08	1,07	1,06	1,05	1,04	1,03	1,02
Mittelrhein	2,05	2,06	2,06	2,01	2,05	2,05	2,04	2,03	2,02	2,01	2,00	1,99
Werra	5,02	4,96	4,73	4,62	4,60	4,41	4,40	4,39	4,38	4,37	4,36	4,35
Mannheim	4,41	4,41	3,65	3,77	3,53	3,41	3,40	3,39	3,38	3,37	3,36	3,35
Donau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Rhein	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

### Mannheimer Wetterbericht v. 6. Nov. morgens 7 Uhr

Barometer 745,9 mm. Thermometer 6,5. Höchstige Temperatur nachts 9,5°C. Höchste Temperatur gestern 10,5°C. Niederschlag 0,7 Liter auf den qm. Süd 4. bewölkt, regnerisch.

**OSRAM NITRA**

Mehr Licht bedeutet mehr Leistung.

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

